

Tuuli-Marja Kleiner

# Gesellschaftliche Säulen der Demokratie

Fakultät für  
**Kultur- und  
Sozialwissen-  
schaften**

---

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m<sup>2</sup>, weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!

## 1 Einleitung – Gesellschaftliche Säulen der Demokratie

Die Herausforderungen, denen sich die Europäerinnen und Europäer gegenwärtig gegenüber sehen, scheinen gewaltig. An den Grenzen Europas greifen politische Machthaber aggressiv in fremde Hoheitsgebiete ein und machen sie zu Kriegsgebieten (Puddington/Roylance 2017: 105). Zwischen den europäischen Partnern existieren entgegen dem erklärten Ziel der Europäischen Union drastische Unterschiede hinsichtlich ihrer nationalen Wirtschaftskraft, und in nicht wenigen Mitgliedsländern befinden sich die Unterschichten in besonders prekären Lebenslagen (Alber/Lenarz 2008). Die Griechenlandkrise, der Brexit und nicht zuletzt der Streit um die Verteilung der nach Europa gekommenen Flüchtlinge sind Anzeichen einer im Schwinden begriffenen Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten der EU (Aschauer et al. 2016).

Doch auch innerhalb der europäischen Länder werden Erosionsprozesse der demokratischen Systeme erkennbar. Eine Serie antidemokratischer politischer Maßnahmen der Regierungen in Polen und Ungarn oder das Begehen menschlicher Gräueltaten durch die autoritäre Elite in der Türkei einerseits, das Erstarken populistischer bis hin zu extremistischen Bewegungen in ganz Europa andererseits, erwecken den Eindruck, dass die europäischen Demokratien kraftlos seien. Von einer Rückentwicklung der Demokratien (*democratic backsliding*) ist die Rede (Bermeo 2016: 5), womit die Schwächung oder gar Abschaffung jener politischen Institutionen gemeint ist, welche die demokratischen Systeme stützen und erhalten. Befürchtet wird eine Destabilisierung der demokratischen Regime oder gar die Rückkehr zu autokratischen Strukturen. Dabei wird heute typischerweise nicht mehr geputscht. Vielmehr werden politische Systemwechsel schleichend mithilfe einer schrittweisen Erweiterung der Kompetenzen der herrschenden Exekutive herbeigeführt (Bermeo 2016: 11; siehe auch Kapitel 7 und 8 des Studienbriefes „Empirische Demokratieforschung“ im Modul 1.1).

Während die europäischen Populisten die demokratischen Regeln noch nicht zur Gänze ignorieren, zeigen die politische Karriere von Recep Tayyip Erdoğan und der Erfolg seiner AKP illustrativ, wie mittels demokratischer Mittel ein demokratisches politisches System zu einem autoritären politischen System umgebaut werden kann. Bei den Nationalwahlen 2002 führt Erdoğan seine Partei zu einem überwältigenden Sieg und kann ihre Stimmenanteile 2007 und 2011 sogar weiter erhöhen (Bermeo 2016: 11). Als größte Fraktion im Parlament ist die AKP in der Lage zahlreiche neue Gesetze durch das Parlament bringen, die nach und nach die institutionellen Verantwortlichkeiten eines liberalen Systems untergraben. Beispielsweise überarbeitet die Regierung im Jahr

2004 das Strafgesetzbuch und ermöglicht so die Verfolgung von Journalisten und Journalistinnen, die die Staatsautorität in Frage stellen (Bermeo 2016: 11). Später folgen diffamierende Gesetze, die von Erdoğan persönlich angewendet werden, um Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Weitere Gesetze erleichtern die Blockierung von Webseiten sowie die Identifizierung von Internetnutzern. Allein während der Proteste im Gezi Park 2013 werden mehr als 80 Journalisten und Journalistinnen entlassen (Bermeo 2016: 11).

Doch auch das Justizwesen bleibt vom Machthunger der Exekutive nicht verschont. Im Jahre 2010 verabschiedet Erdoğan via Nationalreferendum zwei Dutzend verfassungsrechtliche Veränderungen, wodurch u.a. dem Präsidenten das Recht eingeräumt wird, 14 der insgesamt 17 Richter des Verfassungsgerichtes zu ernennen. Auch die Entscheidungsbefugnis über die Legalität von Parteien wird von der Justiz zur Legislativen verschoben. 2014 wird dem Justizminister die Macht übertragen, Mitglieder des Hohen Rats der Richter direkt zu ernennen (Bermeo 2016: 11).

Diese schrittweise Vergrößerung der Macht der Exekutiven wird von demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten vollzogen<sup>1</sup>. Die demokratischen Strukturen werden also nicht mit Gewalt zu Fall gebracht. Vielmehr erodieren sie nach und nach (Bermeo 2016: 11). Dieser Erosionsprozess wird – zumindest zu Beginn – von der Bevölkerung mit getragen. Damit werden die beschriebenen Entwicklungen bis zu einem gewissen Grad durch das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger legitimiert. Die gewählte Exekutive ist in der Lage, eine Mehrheit innerhalb der Bevölkerung zu mobilisieren, die sie unterstützt und entsprechendes Agieren erst ermöglicht. Anders formuliert: Erdoğan wäre vielleicht niemals so weit gekommen, wenn er für sein Handeln nicht immer wieder die Zustimmung und Unterstützung durch die Mehrheit der türkischen Bevölkerung erfahren hätte. Sie sehen also, dass die Stabilität demokratischer Systeme und deren Funktionieren nicht nur von den Institutionen und den Eliten, sondern auch von den Einstellungen und dem Handeln ihrer Bürgerinnen und Bürgern abhängen.

**Bitte schauen Sie sich ergänzend die Kapitel 7 und 8 (Teil 1) und das Kapitel 14 (Teil 2) des Studienbriefes „Empirische Demokratieforschung“ im Modul 1.1. an. Dort erhalten Sie einen Einblick in die Funktionsvoraussetzungen von Demokratien und welche Bedeutung der politischen Kultur beim Überleben demokratischer Systeme zukommt.**

Übung



<sup>1</sup> Zwar beginnen die Manipulationen bereits lange vor den Wahlen, die jene Autoritäten an die Macht bringen. Eine strategische Manipulation von Wahlen wird meist im Verborgenen durchgeführt, ist subtiler als offener Betrug und ist für Wahlbeobachter oder Kritiker daher häufig schwerer greifbar. Die Möglichkeiten reichen von einem erschwerten Zugang zu Medieninformationen, über Schmutzkampagnen, bis hin zur Behinderung der Wahlregistrierung (Bermeo 2016: 13).